



CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 52/März 2013

Pumpspeicherkraftwerk: Zu viele offene Fragen

Entscheidung in den Juli vertagt

Der Regionalrat Köln hat auf seiner Sitzung am 15. März mehrheitlich u.a. mit den Stimmen von CDU und FDP die Entscheidung zur Regionalplanänderung am Rursee auf die Sitzung im Juli vertagt. CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Götz begründet: „Wir haben als Regionalrat immer auch über den Tellerrand eines Verfahrens hinausgeschaut und geprüft, was wir mit unserer Entscheidung vor Ort auslösen. In diesem Verfahren sind bisher zu viele Fragen offen geblieben, die eine verantwortbare Entscheidung nicht möglich machen.“

Kritik übt die CDU-Fraktion nicht nur an der Vorgehensweise des aktuellen Projektbetreibers Trianel, sondern auch an den Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen. Unabhängig von den noch ungeklärten Auswirkungen auf den Rursee beschreibt die Vorlage der Bezirksregierung nicht wenige umwelttechnische Risiken. „Das Argument Energiewende darf hier kein Totschlagargument sein. Wir wundern uns doch sehr, dass die Grünen da so einfach drüber hinwegsehen, wo sie doch sonst die Verträglichkeit für jeden einzelnen Grashalm geprüft wissen möchten“, wundert sich Götz.

„Die CDU-Fraktion stellt nochmals klar, dass wir für die Energiewende

sind und die Technik der Pumpspeicherkraftwerke ein entscheidender Baustein zum Gelingen darstellt. Wir werden aber keine Entscheidung ins Blaue hinein treffen und auf einer unsicheren Informationsbasis den wirtschaftlichen Fortbestand einer ganzen Region aufs Spiel setzen“, betont Ronald Borning, Vertreter der Städteregion Aachen.

„Wir erwarten bis zum Juli klare und verbindliche Aussagen, wie die Chancen der Realisierung eines Pumpspeicherkraftwerks am Rursee unter welchen Bedingungen und in welchem Zeitplan stehen“, fordert Stefan Götz.

Der Vorhabenträger Trianel prüft derzeit an drei Standorten die Umsetzbarkeit von Pumpspeicherkraftwerken. Am Standort Nethe im Regierungsbezirk Detmold ist das Regionalplanänderungsverfahren abgeschlossen, im Landkreis Gotha (Thüringen) soll das Raumordnungsv erfahren erst im April eingeleitet werden.

Trianel hat angekündigt, erst nach Abschluss aller Verfahren die Standorte der Machbarkeit nach zu priorisieren. Eine Entscheidung würde demnach erst im 4. Quartal dieses Jahres fallen. „Die Vertagung ist demnach völlig unproblematisch und sinnvoll“, so Götz.



Abstimmung im Regionalrat: CDU und FDP stimmen für eine Vertagung

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



dass nicht immer drin ist was drauf steht, wurde uns in den vergangenen Wochen beim jüngsten Lebensmittelskandal wieder vor Augen geführt. Aber was bleibt dem Bürger anderes übrig, als sich darauf zu verlassen und zu vertrauen, dass alles seine Ordnung hat?! Er kann die angebotenen Lebensmittel schlecht selbst kontrollieren.

Vertrauen ist eines der großen Attribute der Demokratie. Auch hier verlassen sich die Bürger darauf, dass die Politiker verantwortungsvoll entscheiden und handeln und so das entgegengebrachte Vertrauen rechtfertigen.

Für die CDU-Fraktion hat Vertrauen bei der Entscheidung zur Regionalplanänderung am Rursee zur Errichtung eines Oberbeckens für ein Pumpspeicherkraftwerk eine große Rolle gespielt. Dieses war durch verschiedenste Entwicklungen in den Wochen und Tagen vor der Entscheidung gegenüber dem Vorhabenträger stark erschüttert worden.

Dennoch, die CDU-Fraktion steht zur Energiewende, aber nicht im Blindflug und nicht mit der Brechstange.

Ihr

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Themen dieser Ausgabe

- Seite 1: Vorwort
PSW Rursee
- Seite 2: Verkehrsthemen
- Seite 3: Denkmalschutz Vogelsang
- Seite 4: Landtag aktuell, Termine

Aachen: Deutliche zwei-drittel Mehrheit der Bürger entscheiden sich gegen Campusbahn

Aufnahme in Infrastrukturbedarfsplan NRW vom Tisch

Das Votum war deutlich. 66,34% der wahlberechtigten Aachener sprachen sich am 10. März gegen das 240 Millionen teure Verkehrsprojekt, dass den Haushalt der Stadt Aachen zudem jährlich mit 6,3 Millionen belastet, aus. In nur einem von 82 Stimmbezirken gab es eine Mehrheit für die Campusbahn.

Der Regionalrat Köln sollte bereits in seiner Dezembersitzung auf Antrag der Stadt Aachen die Aufnahme der Campusbahn in den Infrastrukturbedarfsplan NRW beschließen. Die CDU-Fraktion beantragte damals eine Vertagung. Karsten Möring, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion erklärt: „Wir wollten erst einmal das Votum des Ratsbürgerentscheids abwarten. Zudem war überhaupt nicht klar, wo sich die Campusbahn



bei einem positiven Bescheid im Infrastrukturbedarfsplan einsortieren würde und ob dafür andere Projekte zurückgestellt werden müssten.“ Für die Sitzung des Regionalrats am 15. März stand die Aufnahme der Campusbahn erneut auf der Tagesordnung. Die Stadt Aachen hat diesen folgerichtig nach Bekanntwerden des Votums wieder zurückgezogen. Fraktionsvorsitzender Stefan Götz: „Das Ergebnis zeigt, dass die Vertagung richtig war. Der Regionalrat fasst keine Vorbehaltsbeschlüsse.“

Der Aachener Stadtrat hatte sich im Dezember 2012 mit großer Mehrheit für den Bau der Campusbahn ausgesprochen, die Entscheidung jedoch an den Ratsbürgerentscheid geknüpft.

Verkehr: 49 Brücken müssen erneuert werden - Kölner Ring besonders stark betroffen

Wirtschaft braucht funktionierende Infrastruktur - Ausbau alternativlos

Drei Monate lang war die Leverkusener Autobahnbrücke gesperrt und hat die ohnehin angespannte Lage auf dem Kölner Autobahnring zusätzlich verschärft. Zwar ist die Brücke seit dem 3. März für den Schwerlastverkehr wieder freigegeben, aber in der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Sorgenkinder für NRWs Brückenbauer deutlich erhöht. 49 der bisher 112 von 800 überprüften Brücken sind so kaputt, dass sie abgerissen und neugebaut werden müssen. Besonders stark betroffen ist der Kölner Autobahnring:

- **A 1 Leverkusener Autobahnbrücke**
- **A 3 Brücken Dreieck Heumar**
- **A 3 Brücke AK Leverkusen**
- **A 4 Brücke AK Köln-Ost**
- **A 59 Brücke AS Porz-Wahn**

Insgesamt befinden sich 23 der 49 zu erneuern den Brücken im Regierungsbezirk Köln. Nach welcher Priorität die Brücken neu gebaut werden sollen und welche Bewertungskriterien der Priorisierung zu Grunde gelegt werden, ist noch völlig unklar. Fest steht nur, dass die Leverkusener

Autobahnbrücke bis 2020 neu gebaut werden soll.

Bis zu 160.000 Fahrzeuge nutzen täglich Abschnitte des Kölner Autobahnringes. Allein die Sperrung der Leverkusener Brücke für den Schwerlastverkehr hat die betroffenen Unternehmen täglich mit 1750€ zusätzlich belastet. Der Ausbau vor allem im Bereich des Autobahnkreuz Leverkusen ist alternativlos. Hierzu hat Straßen.NRW schon Pläne für eine 12-Spuren-Lösung vorgestellt. Einen Zeitplan für die Realisierung gibt es noch nicht.



Die Leverkusener Autobahnbrücke ist seit dem 3. März wieder für den Schwerlastverkehr freigegeben

Energiewende: Windkrafteerlass behindert Ausbau von Windkraftanlagen

Regulierungswahn muss eingedämmt werden

Immer mehr Windkraftanlagenbetreiber und Projektentwickler berichten über steigende Verfahrenszeiträume bei der Genehmigung von Windkraftanlagen. Waren in den Jahren vor 2010 regelmäßig Anwohner und Bürgerinitiativen, die Belange wie Lärmschutz, Schattenwurf und Veränderungen des Landschaftsbildes vortrugen, die häufigsten Einwander in den Genehmigungsverfahren, so werden seit dem Start der rot-grünen Landesregierung von den Antragstellern zunehmend Belange des Natur- und Artenschutzes als Belange, die einer Genehmigung von Windkraftanlagen entgegenstehen, genannt.

Die Landesregierung hatte mit dem Windkrafteerlass vom 11.07.2011 nach eigenen Angaben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Windkraftanlagen schneller genehmigt und Hürden bei der Genehmigung abgebaut werden sollten. Tatsächlich hat weder das angekündigte Repowering bestehender Anlagen in nennenswertem Umfang stattgefunden, noch sind in Nordrhein-Westfalen mehr Windkraftanlagen ans Netz gegangen.

Auch der von der Landesregierung im Jahr 2012 herausgegebene Leitfaden „Windenergie in Waldgebieten“ hat bisher nicht zu einem Ausbau von Windenergieanlagen im Wald und zu einer nennenswerten Beschleunigung der Genehmigungsverfahren geführt. So ist in NRW der Ausbau der Winderzeugungskapazitäten vom Jahr 2011 von 159,9 MW auf 133,6 MW im Jahr 2012 und somit um 16,4 % gesunken, während sie in Deutschland im gleichen Zeitraum um 21,5 % gestiegen ist. Beim Windenergieausbau ist Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Bundesländer vom Rang 6 im Jahr 2011 auf Rang 8 im Jahr 2012 zurückgefallen. Unter Rot-Grün droht unser Bundesland im bundesweiten Vergleich zum Verlierer der Energiewende zu werden.

Zusätzlich behindert wird der Ausbau der Windenergie durch das in Deutschland geltende Beteiligungs- und Verbandsklagerecht, welches zu Verunsicherungen in der gesamten Windenergiebranche führt.

Vogelsang: Neues Beteiligungsverfahren zum Denkmalschutz eingeleitet

Spagat zwischen Nutzung und Erhalt muss gelingen

Ende November 2012 wurden die Kreispolitiker in Euskirchen in Aufruhr versetzt. Die Bezirksregierung Köln hatte angekündigt, das gesamte Areal (250ha) der ehemaligen NS-Ordensburg und des Truppenübungsplatzes Vogelsang als Flächendenkmal auszuweisen zu wollen. Auch die Euskirchener Kreisverwaltung machte ihr Unverständnis deutlich und bekam dafür Rückendeckung von fast allen Fraktionen. Es gab seitens Politik und Verwaltung erhebliche Zweifel an der Denkmalwürdigkeit vieler Bereiche.

Zwischenzeitlich haben sich Landrat Günter Rosenke und Regierungspräsidentin Gisela Walsken der Sache persönlich angenommen. In einem Gespräch wurde vereinbart, die Position der Denkmalbehörde noch einmal zu überdenken. Mittlerweile ist man sich einig, dass die ursprünglich im Raum stehenden 250 Hektar nicht mehr zur Debatte stehen. Vielmehr wurde vereinbart, den Kernbestand der Anlage mit ca. 140 Hektar unter Flächendenkmalschutz zu stellen. Alle Verfahrensbeteiligten sind über die Änderung informiert und erneut um eine Stellungnahme gebeten worden.

Derweil hat die Bezirksregierung weitere 1,1 Millionen Euro Fördermittel für das Projekt „Besucherzen-

trum und Schaufenster Eifel im Forum Vogelsang bewilligt. Empfänger ist die vogelsang ip GmbH.



Eine Symbiose aus Denkmalschutz und Weiterentwicklung ist möglich, wie die Baustellen in Vogelsang schon jetzt zeigen

Regionalrätekonzferenz: Austausch zwischen den Regionen

Enge Zusammenarbeit verabredet

Rainer Deppe, Vorsitzender des Regionalrats Köln und Koordinator der CDU-Landtagsfraktion für die Regionalräte in NRW, hatte am 31. Januar zur großen Konferenz der Regionalräte (CDU) nach Düsseldorf eingeladen. CDU-Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann informierte die zahlreichen Teilnehmer u.a. über die Strategie der Fraktion zur Haushaltspolitik. Des Weiteren standen neben der Regionalplanung auch Fragen der Verkehrspolitik sowie zur Klima-

schutzdebatte auf der Tagesordnung.

„Wichtig ist, dass wir uns mit Blick auf die kommenden Wahlen intensiv austauschen und die Regionalräte als Schnittstelle zwischen Kommune und Landesebene besser vernetzen“, bekräftigt Rainer Deppe. Insbesondere im Bereich der Novellierung des Landesentwicklungsplans verabredeten die Regionalräte und die Landtagsfraktion eine enge Zusammenarbeit.

Landtag: Rot-Grüner Haushalt 2011 verstößt gegen Verfassung

Dritte Ohrfeige in Folge aus Münster

Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Urteil vom 12.03.2013 den rot-grünen Haushalt von 2011 für nicht verfassungsgemäß erklärt. Das höchste Gericht des Landes gab damit einer Klage der CDU-Fraktion im Landtag statt.

Die Neuverschuldung war 2011 mit 4,8 Milliarden Euro und die Investitionen mit 3,9 Milliarden Euro angesetzt. Laut Verfassung dürfen die Schulden die Investitionen aber nur in Ausnahmefällen

übersteigen. Die damalige Minderheitsregierung hatte die hohe Verschuldung allein mit der unsicheren Wirtschaftslage begründet. Das reichte dem Verfassungsgericht nicht aus. CDU-Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann macht daraufhin nochmal deutlich: „Man muss ganz klar feststellen, dass die präventive rot-grün Finanzpolitik rechtlich und damit auch politisch gescheitert ist. Die Ministerpräsidentin ist in einem Kernbereich ihrer politischen Philosophie am Ende.“



Termine der Fraktion

AG Innovationsregion Rheinisches Revier

Donnerstag, 11. April 2013

KRS

Freitag, 12. April 2013

Rheinlandkonferenz

Freitag, 19. April 2013

Braunkohlenausschuss

Montag, 22. April 2013

UK ÖPNV/Schiene

Freitag, 03. Mai 2013

UK Rhein-Berg

Montag, 03. Juni 2013

UK Vile-Eifel

Montag, 10. Juni 2013

Braunkohlenausschuss

Freitag, 14. Juni 2013

Ältestenratssitzung

Freitag, 28. Juni 2013

Regionalratssitzung

Freitag, 05. Juli 2013

Die Geschäftsstelle bleibt während der Osterferien vom **25. März - 06. April** geschlossen.

Die **CDU**-Fraktion im Regionalrat Köln wünscht Ihnen und Ihren Familien gesegnete und erholsame Osterfeiertage

IMPRESSUM

Vorsitzender:

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

stellv. Vorsitzender:

Heidi-Rackwitz Zimmermann
(Vorsitzende der Verkehrskommission)
Rhein-Sieg-Kreis

Vorsitzender des Regionalrats:

Rainer Deppe, MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:

Franz-Michael Jansen
(Stellv. Vorsitzender der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen)
Kreis Heinsberg

Fraktionsgeschäftsstelle:

Sebastian Knauff
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de